

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamespalte 2 Mt. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat, 50 Pfg., Reklamespalte 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die schwierige Sammlung.

### Am die Koalitions„reise“ der Deutschnationalen.

Der Aufruf der beiden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft deutschvolksparteilicher und deutschnationaler Mitglieder des preussischen Staatsrates zur Bildung des Reichsbürgerbundes, der am Montag veröffentlicht wurde, wird trotz der politischen Ruhepause nach dem Reichstagsabschluss lebhaft diskutiert. Das Vorgehen der Herren von Gagl und Dr. Jarres hat eine Frage zur Erörterung gestellt, die in absehbarer Zeit in der einen oder anderen Weise ihre Lösung finden wird. Die Deutschnationalen haben bereits seit einiger Zeit sehr lebhaft ihre Absicht bekundet, wieder regierende Herren zu werden. Und ihre Partner von morgen haben gegenüber dieser Absicht lediglich das Bedürfnis, vorher zu einer Einigung mit ihnen über ihr Wohlverhalten in gewissen Dingen zu kommen. In diesem Sinne, als Vorbereitung für die erstrebte Einigung, ist auch eine Auslassung aufzufassen, die eben von der Nationalliberalen Korrespondenz zu dieser Frage veröffentlicht wird und die eine L.-U.-Melbung wie folgt wiedergibt:

Eine Stellungnahme durch die berufenen Instanzen der Deutschen Volkspartei ist zur Zeit nicht möglich, da Fraktions- und Parteivorstand in Berlin nicht versammelt sind. Man wird darauf hinweisen müssen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition sich befindet, praktisch nicht möglich ist. Bevor man daher den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit zwischen deutschnationaler Partei und Deutscher Volkspartei überhaupt erörtern kann, müßte diese Divergenz beseitigt sein. Aber auch dann kann sich das engere Verhältnis nur aus einer längeren tatsächlichen politischen Entwicklung ergeben. Die Ergebnisse der letzten Jahre können nach dieser Richtung nicht optimistisch stimmen. Was heute für die Deutsche Volkspartei der Kern des liberalen Gedankens ist, das hat bei der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei Geheimrat Kahl aus dem verantwortungsbewußten Laßachenmut bezeichnet, das ist das innerste Pflichtgefühl, sich zum Staate zu bekennen und an ihm mitzuarbeiten, auch wenn uns manches an diesem Staate nicht gefällt. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich bisher nicht zu diesem Standpunkt durchringen können. Sie hat im vorigen Jahr zwar einen Anlauf genommen, aber bald wieder vorgezogen, sich in die Opposition zurückzuziehen. Mancherlei Anzeichen sind dafür vorhanden, daß man in deutschnationalen Kreisen das Verfehlen dieses Weges erkannt hat. Der Entschluß der Deutschnationalen Partei, zur Rückkehr zur verantwortlichen Mitarbeit, erscheint uns daher die erste

Voraussetzung für eine Entwicklung in der Richtung auf die Anregung der Preussischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat zu sein.

Trotz aller Vorsicht in der Formulierung dieser Erklärung ist es unverkennbar, daß damit der Deutschnationalen Volkspartei Fingerzeige gegeben werden sollen, wie ihre Wünsche am besten Verwirklichung finden können. Als Ablehnung der deutschnationalen Ansprüche auf Mitregierung kann die Erklärung auf keinen Fall gewertet werden. Sie trifft übrigens zeitlich zusammen mit einer Erklärung des Berliner Zentrumsorgans, der Germania, die sich heute, Donnerstag, morgen noch einmal zu der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Fürstenabfindungskompromiß der bürgerlichen Parteien äußert.

Die Germania erklärt, Zentrum und Demokraten hätten in den letzten Wochen bewußt und unerschrocken auf die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten hingearbeitet. Die Erfahrung, die das Zentrum nach so vielen früheren Enttäuschungen soeben von Neuem mit der Sozialdemokratie habe machen müssen, habe jedoch die Hoffnung auf eine baldige Befreiung der Sozialdemokratie zur Vernunft auf ein Minimum reduziert. Das Zentrumorgan erklärt gegenüber den Deutschnationalen, daß eine Zusammenarbeit mit ihnen undiskutierbar sei, so lange gewichtige Teile der Partei das ganze heutige außenpolitische und verfassungsmäßige System in Frage stellen. Trotzdem wird von der Germania die Verbindung zu den Deutschnationalen offengehalten durch die Erklärung: „Wenn es zu der schon so oft angekündigten Sonderung zwischen den Gemäßigten und den Unentwegten unter den Deutschnationalen kommen sollte, könnte es sich der Mühe verlohnen, über die Möglichkeit einer Verbreiterung unserer Regierungskonkurrenz nach rechts nachzudenken.“

Den Deutschnationalen werden gerade im Hinblick auf ihre Unentwegten die Mahnungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums nicht gerade angenehm sein. Sie werden aber immerhin so viel Verständnis für die Situation aufbringen zu begreifen, daß ihre künftigen Partner das Gesicht wahren müssen. Lehten Endes wird für ihre Entscheidung ausschlaggebend sein der Erfolg, den sie als regierende Herren zu erreichen hoffen können. Sie sind genügend gerissen, um zu wissen, daß der Großbürgerblock deutschnationalen Auffassungen und Ansprüchen in stärkster Weise nachgeben wird.

## Abessinien.

### Das nächste Opfer des Imperialismus.

Am 2. Juli ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen England und Italien über Abessinien dem Völkerbundssekretariat „zur Einsichtnahme“ zugestellt worden. Vorher schon hatte die englische Regierung den Notenwechsel mit Italien der Öffentlichkeit übergeben und dadurch selbst wesentlich dazu beigetragen, die Methoden des Imperialismus aufzuhehlen, der als das nächste seiner Opfer sich nun eben Abessinien ausgesucht hat. Wochenlang gingen die Noten und Briefe zwischen London, Paris und Rom hin und her, und man bestimmte coram publico einem jeden etwas von den Früchten des Landes, das als letztes in diesem afrikanischen Zipfel sich seine staatliche „Selbständigkeit“ bewahrt hat und als eben ein solcher souveräner Staat dem Völkerbund zugehört, der im Artikel 10 seiner Satzung verkündet:

„Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden Angriff von außen her zu wahren. Im Fall eines Angriffs, einer Bedrohung oder einer Angriffsgefahr hat der Rat auf Maßregeln Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, die Durchführung dieser Verpflichtung zu sichern.“

Abessinien, dessen Unabhängigkeit nach dem siegreichen Krieg gegen Italien (1896) anerkannt wurde, ist ein dünnbesiedeltes Land, hat einen Gebietsumfang von 814 000 Quadratkilometern, fünf bis acht Millionen Bewohner und 100 000 Mann Soldaten. Es hat eine entwickelte Industrie, ist also „durchdringungsfähig“, hat immerhin ansehnliche Naturkräfte an Gold, Silber, Kohle, Eisen u. a., die noch zu hofen sind, besitzt einen König, den Ras Tafari, und schließlich eine Eisenbahn, die die Hauptstadt Addis-Abeba mit Deibuit in Französisch-Somaliland verbindet. Diese Bahn gehört Frankreich.

Was Abessinien von jeher seine besondere Bedeutung für den imperialistischen Machtstreben verlieh, ist seine eigentümliche geographische Lage. Abessinien hat das Ängst, gerade in jener afrikanischen Ecke zu liegen, wo die verschiedensten imperialistischen Interessen aufeinanderstoßen. Im Westen der englisch-ägyptische Sudan, im Süden die englische Kenia-Kolonie, im Südosten Italienisch-Somaliland, im Osten Britisch-Somaliland, Französisch-Somaliland, im Nordosten die italienische Kolonie Eritrea.

Ägypten, das ist der Ausgangspunkt für die englischen Wünsche um Abessinien. „Das ganze Ägypterland ist eine Gabe des Nils“, — das mußte vor fast zweieinhundert Jahren schon Herodot. Damals mußte der Nil für hundertfältige Getreidefrucht herhalten: heute braucht ihn die englische Baumwolle im Sudan. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges gelang es England, von der ägyptischen Regierung die Zustimmung zu großen Bewässerungsanlagen im Sudan zu erpressen. Hiernach erhielt England die Befugnis, Staudämme bei Matwar (Sennar) zu bauen, die die Bewässerung von 530 englischen Quadratmeilen regeln sollten. Der Weltkrieg selbst hinderte die Ausführung dieser Pläne; erst im Januar dieses Jahres wurde der Matwar-Damm fertiggestellt.

Die Ereignisse des Herbstes 1924 in Ägypten förderten die englischen Bestrebungen. Das im Anschluß an die Ermordung Sir Lee Stads, die zum Sturz Jaglal Paschas führte, von der neuen ägyptischen Regierung Zivar Paschas akzeptierte Ultimatum Englands (das übrigens auch die jetzige Regierung Waly Paschas hat anerkennen müssen) verwandelte das bisherige englisch-ägyptische Kondominium im Sudan de facto in eine englische Alleinherrschaft. Sämtliche ägyptischen Offiziere wurden aus der jordanischen Armee entfernt und durch englische ersetzt. England hatte nunmehr freie Bahn im Sudan für seine Bewässerungsprojekte. Mit fieberhafter Intensität wurden im Sommer vergangenen Jahres diese in Angriff genommen bzw. zur Durchführung gebracht. Das gewünschte Ziel dieser Arbeit, die englische Textilindustrie unabhängig vom amerikanischen Baumwollmarkt zu machen, liegt nicht mehr in allzu großer Ferne.

Nötig ist hierzu freilich, daß die Wasserkräfte des Blauen Nils restlos erschlossen werden. Dessen Quelle nun aber liegt: in Abessinien.

Die englischen Pläne für Bauanlagen am Tana-See, aus dem der Blaue Nil seinen Lauf nimmt, datieren bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts. 1902 schloß England mit dem abessinischen Herrscher Menelik ein Abkommen über den Tana-See und den abessinischen Teil des Blauen Nils, in dem Abessinien sich verpflichtete, am Tana-See und Blauen Nil keine Werke auszuführen, die den Wasserablauf nach dem Sudan vermindern könnten, und England das Nutzungsrecht des Tana-Sees für seine Bewässerungsanlagen erhielt.

Die Verwirklichung dieser Projekte wurde einweilen aufgeschoben; nicht zuletzt war es der Widerstand der anderen Mächte, der England zur Vorsicht mahnte. Der Studienkommissionen bereisten das Land, die letzte erst im Jahre 1920, und alle stellten fest, daß der Tana-See 3 1/2 Milliarden Kubikmeter Wasser fassen, die sich auf circa acht Milliarden erhöhen ließen.

Das ist die eine Seite des englischen Interesses an Abessinien. Die andere lehrt schon ein flüchtiger Blick auf die

## Deutschland und Abessinien.

### Stresemann will auch was haben.

U. Berlin, 9. Juli.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus London meldet, hat nach Veröffentlichung des englisch-italienischen Notenwechsels über Abessinien die deutsche Regierung beim Foreign Office Vorstellungen erhoben, über den Fallus des neuen englisch-italienischen Vertrages, in dem England den ausschließlichen ökonomischen Einfluß Italiens in West-Abessinien anerkennt. Das Foreign Office habe auf die deutschen Vorstellungen an sich befriedigende Erklärungen über die Auslegung der neuen Vertragsklausel abgegeben. — Einen ähnlichen Schritt habe Deutschland in Paris unternommen.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung diese Demarche zu dem Zweck unternommen hätte, um ihre Talente in der Beschützung der kleinen Nationen zu erproben. Wo es etwas zu holen gibt, ist Herr Stresemann schließlich immer dabei und sei es schließlich, daß er den Willen nur durch eine Geste kundtut. Mit dem Marokkorecht für Mannesmann begann die Geschichte und die Sorge der deutschen Regierung um das Schicksal Abessinien ist das nächste Glied in der Kette der neudeutschen Kolonialpolitik.

Der Raub an Abessinien, den der englisch-italienische Imperialismus jetzt vornimmt und über den der nebenstehende Artikel unterrichtet, ist eine Angelegenheit, die das Proletariat der ganzen Welt ungemein angeht. Die Gefahren, die das englisch-italienische Abkommen über Abessinien bietet, sind nicht zu unterschätzen. Auch wenn der abessinische Außenminister, wie aus Kairo gemeldet wird, sich mit dem Vertrag zufriedenstellt, so lehrt der Charakter jener Methode, wie man sich solche Erklärungen beschafft, zur Genüge, daß die Wirkung der englisch-italienischen Absichten dadurch keineswegs in ihrer imperialistischen Bedeutung herabgedrückt wird. Solche Abkommen sind im Interesse des Weltfriedens von dem Proletariat der Länder zu bekämpfen, die an derartigen Dingen beteiligt sind. Die englische Arbeiterpartei hat den Wünschen der englischen Regierung um Abessinien den schärfsten Kampf angefangen. In Italien würde diese Aufgabe die sozialistische Opposition er-

ledigen, wenn ihr hierfür die Betätigungsmöglichkeit gegeben wäre. Wenn die deutsche Regierung zu der englisch-italienischen Vereinbarung etwas sagen zu müssen vermeint und an ihr Anstoß nimmt, so geschieht dies sicher nicht aus den Gründen, die die Arbeiterklasse bei ihrem Kampf gegen den englisch-italienischen Pakt befecht. Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist es, den kolonialen Absichten der Stresemann und Genossen mit aller Entschiedenheit von vornherein zu begegnen. Den Kampf gegen den Imperialismus aber mögen die Herrschaften dem internationalen Proletariat überlassen.

## Note Kolonialpolitik.

### Ein Abkommen zwischen Rußland und der Mongolei.

W. B. Moskau, 5. Juli.

Wie die Sowjetpresse meldet, erfolgte vor einiger Zeit in Ulan-Bator (Urga, Ned.) die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Sowjetunion und der Mongolei über den Dienst der Schiffe der Selenga-Staatsfließbootgesellschaft auf den Flüssen der Mongolei. Der Vertrag wurde seitens der Sowjetunion durch den Bevollmächtigten Vertreter Nikiforoff, leitens der Mongolei durch den Wirtschaftsminister Amor und den Außenminister Darikschab unterzeichnet.

Die Mongolei ist seit dem Februar 1921 wieder mit einer sowjetfreundlichen Regierung „unabhängig“, d. h. der faktischen Hoheit Chinas entzogen und russisches „Einflußgebiet“. Auch die Sowjetrepublik weiß solche Dinge zu schätzen.

## Linkskoalition in Mecklenburg.

Der neugewählte mecklenburgische Landtag trat am Mittwoch in Schwerin zu seiner ersten Tagung zusammen. Der Genosse Höcker wurde zum Präsidenten gewählt. Heute wird die Wahl der Regierung stattfinden; voraussichtlich wird ihr Resultat ein Kabinett, bestehend aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten, sein. Die Mehrheit für das zwischen Sozialdemokraten und Demokraten vereinbarte Linkskabinett ist sehr gering. Von 50 Stimmen dürften 25 auf die Minister der Linken entfallen. Die 26ste Stimme kommt nicht in Betracht, weil ein Kommunist im Justizhaus eine dreijährige Strafe verbüßt.